



*näher am Menschen.*

# **REFORMEN FÜR EINE ERWEITERTE EUROPÄISCHE UNION**

## **LEITANTRAG zum 67. Parteitag**

am  
22./23. November 2002  
München, ICM

*Beschluss des Parteivorstandes vom 18. November 2002*



## **Reformen für eine erweiterte Europäische Union**

**Leitantrag zum Parteitag der CSU am 22./23. November 2002**

**(Beschluss des Parteivorstandes vom 18. November 2002)**

### **Einleitung**

Die Erweiterung der Gemeinschaft eröffnet die Chance, die Folgen der unnatürlichen Spaltung unseres Kontinents nach dem 2. Weltkrieg dauerhaft zu überwinden. Auch nach der Erweiterung muss die EU aber handlungsfähig bleiben. Daher muss der gegenwärtige Reformprozess in Europa zu einem Erfolg werden.

Wenn sich alle Verantwortlichen ihrer Aufgabe stellen und die notwendigen Reformen durchführen, kann Europa weltweit zur größten Zone von Stabilität, Sicherheit, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit werden.

### **Den Reformprozess in Europa erfolgreich gestalten**

1. Die Europäische Union muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Insbesondere die Revision durch den Vertrag von Nizza hat keine echten Reformen ermöglicht. Der „EU-Konvent zur Zukunft Europas“, der seit März 2002 an einem europäischen Verfassungsvertrag arbeitet, bietet die Chance, dass auch eine EU mit 25 Mitgliedstaaten handlungsfähig bleibt.
2. Die CSU unterstützt das Projekt eines europäischen Verfassungsvertrags. Die EU muss die Herausforderungen der Globalisierung und der Osterweiterung bewältigen können. Dabei geht es nicht darum, einen europäischen Superstaat zu schaffen. CDU und CSU haben ihren Bauplan für ein besseres Europa bereits im letzten Jahr im Bocklet-Schäuble-Papier niedergelegt. Der CSU-Parteitag steht zu diesem überzeugenden Konzept.

3. Nach Abschluss der ersten Arbeitsphase des Konvents fordert der CSU-Parteitag:

die Handlungsfähigkeit der Union in der Außen- und Sicherheitspolitik zu verstärken,

- den Kampf gegen die Kriminalität und illegale Zuwanderung entschieden fortzuführen,
- in den Verfassungsvertrag ein Kompetenzkapitel aufzunehmen, das die Zuständigkeiten der EU klar festlegt und auf die Aufgaben beschränkt, die nur auf europäischer Ebene gelöst werden können,
- Mechanismen zur besseren Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu schaffen. Bei Verletzung eigener Rechte durch die EU ist den Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen ein Klagerecht zum EuGH einzuräumen.
- die Handlungsfähigkeit der Organe der EU zu stärken, indem die EU so umgestaltet wird, dass die politische Verantwortung für die Wahrnehmung der europäischen Aufgaben klar zugeordnet und die Effizienz des Handelns sichergestellt wird,
- die europäische Grundrechtecharta in den Verfassungsvertrag aufzunehmen und dabei den Gottesbezug in der Präambel zu verankern,
- Sicherungen für die Vielfalt, nationale Identität, die regionale Eigenverantwortung, die kommunale Selbstverwaltung und die Autonomie der Kirchen aufzunehmen,
- den Wettbewerb als Fundament des Binnenmarktes festzulegen, um weiterem Interventionismus, Überregulierung und Harmonisierung vorzubeugen,
- die Garantien für die Stabilität des Euro nicht anzutasten.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Bödel-Stiftung. Weitergabe und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Der CSU-Parteitag fordert die CSU-Europagruppe, die Bayerische Staatsregierung, die CSU-Landesgruppe und die CSU-Landtagsfraktion auf, für diese Eckpunkte in einem europäischen Verfassungsvertrag einzutreten.

4. Die Nationalstaaten brauchen Europa. Keiner von ihnen wird alle wesentlichen Aufgaben auf sich allein gestellt bewältigen können. Die CSU unterstreicht: Die EU muss auch in Zukunft auf Nationalstaaten aufbauen und darf sich nicht zu einem europäischen Bundesstaat entwickeln. Den Nationalstaaten muss die Zuständigkeit für die Verteilung der Aufgaben zwischen europäischer und nationaler Ebene vorbehalten bleiben. Alle konstitutionellen Bestimmungen zu den Grundlagen der Europäischen Union, insbesondere zum Inhalt und zur Ausübung der EU-Zuständigkeiten müssen auch künftig von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Nur so ist die EU durch die Völker der Mitgliedstaaten legitimiert. Auch bei einer etwaigen Zweiteilung des Verfassungsvertrags muss dies beachtet werden.
5. Europa muss aus dem Reformprozess gestärkt hervorgehen. Der Konvent bietet die große Chance, eine moderne, bürgernahe und demokratische Union zu schaffen. Gelingt es der Union, überzeugende Antworten auf die neuen Herausforderungen zu finden, wird sie auch die Zustimmung ihrer Bürger finden.

### **Die Chancen der Erweiterung nutzen**

#### **Die Erweiterung auf ein solides Fundament stellen**

1. Die CSU unterstützt die Erweiterung der EU. Sie ist eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeit, zu der es keine politische Alternative gibt. Die Erweiterung bietet die Chance zur langfristigen Garantie von Frieden, Freiheit und Wohlstand in ganz Europa und trägt damit wesentlich zur Stabilität unseres Kontinents bei.

Die Beitrittsverhandlungen stehen nun vor dem Abschluss.

2. Der CSU-Parteitag begrüßt die erreichten Fortschritte und stellt fest, dass Forderungen der CSU an den Beitrittsprozess in den bisherigen Vereinbarungen weitgehend umgesetzt wurden:

- Für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern und für bestimmte Bereiche von Dienstleistungen gilt ab dem Beitritt eine siebenjährige Übergangsfrist. Damit werden die Risiken für den Arbeitsmarkt und das Handwerk durch Billiglohnkonkurrenz begrenzt.
- Die Beitrittsstaaten müssen in kurzer Frist die EU-Standards in den Bereichen Umwelt, Soziales, Verbraucherschutz und Wettbewerb erfüllen.
  - Mit dem Beitritt ist keine Aufhebung der Personenkontrollen an den Grenzen verbunden. Darüber wird erst entschieden, wenn die nötigen Sicherheitsstandards erfüllt sind.
  - Die Staatsregierung und Dank des Einsatzes der CSU-Europagruppe auch die EU haben Förderprogramme für die bayerischen Grenzregionen bereit gestellt, damit in diesen unmittelbar von der Erweiterung betroffenen Gebieten die Herausforderungen und der Wettbewerbsdruck besser bewältigt werden können. Leider hat es die Bundesregierung bis heute abgelehnt, dem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für ein Grenzgürtelförderprogramm zu folgen. Wir fordern deshalb dazu auf, endlich ein entsprechendes Programm aufzulegen.
3. Um die Erweiterung zu einem Erfolg zu machen, hält die CSU gleichwohl noch Anstrengungen der neuen wie auch der alten Mitglieder für notwendig:
- Verwaltung und Justiz in einigen Beitrittsstaaten genügen nach wie vor nicht den europäischen Standards. Sie müssen so modernisiert und reformiert werden, dass sie den europäischen Besitzstand reibungslos vor Ort umsetzen können.
  - Das zu erwartende Fördergefälle zwischen Bayern und Tschechien darf nicht dazu führen, dass die Chancen der Erweiterung von den Grenzregionen kaum genutzt werden können. Die Vorbereitung der Grenzregionen auf die Erweiterung muss daher über den Beitrag der Staatsregierung und der EU hinaus verstärkt werden. Hier ist die Bundesregierung und sind Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbände und Bildungseinrichtungen gefordert. Die erfolgreichen Ansätze der Verflechtung der Grenzräume müssen ausgebaut werden, um ein harmonisches

- Zusammenwachsen zu erleichtern. Dabei kommt dem Ausbau der Verkehrswege, z.B. im Rahmen eines Programms „Verkehrswege europäische Einheit“, besondere Bedeutung zu.
- Die Weitergeltung der Benes-Dekrete und des Straffreistellungsgesetzes ist für die CSU nicht akzeptabel. Es widerspricht der europäischen Friedens- und Einigungsidee, heute noch menschenverachtende Vertreibungen von Unionsbürgern zu rechtfertigen. Die Tschechische Republik muss deshalb noch vor der Abstimmung über einen EU-Beitritt hierzu klar Stellung beziehen.
  - Die Osterweiterung darf nicht Anlass sein, die EU-Agrarpolitik auszuhöhlen. Die bäuerliche Landwirtschaft muss weiterhin die Richtschnur der gemeinsamen Agrarpolitik sein. Für die Zeit nach 2006 brauchen wir grundlegende Reformen, um Finanzierbarkeit und europäische Solidarität miteinander vereinbaren zu können.
  - Nach dem jüngsten Beschlusses des Europäischen Rats von Brüssel zur Deckelung der Agrarausgaben im Rahmen der künftigen Finanziellen Vorausschau ist die Vorlage umfassender Reformvorstellungen zur EU-Agrar- und Strukturpolitik dringlicher denn je. Nur so können die finanziellen Folgen für die einzelnen Mitgliedstaaten abgeschätzt und die Kosten der Erweiterung gerecht verteilt werden. Dabei geht es auch um den Abbau der übermäßigen Nettozahlerrolle Deutschlands. Die Europäische Kommission muss dazu noch vor Inkrafttreten der Beitritte konkrete Konzepte vorlegen.
4. Die CSU ist sich bewusst, dass die Erweiterung die Integrationskraft Europas nicht überfordern darf. Europa muss die Frage nach seinen Grenzen beantworten. Seine geographische Ausdehnung sollte sich an gemeinsamen Wertvorstellungen und geschichtlichen Erfahrungen ausrichten. Eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU ist für uns aus diesem Grund nicht vorstellbar. Die CSU legt jedoch großen Wert auf freundschaftliche Beziehungen zur Türkei und unterstützt alle Anstrengungen, dieses Land in seiner europäischen Orientierung zu stärken und eine Form der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu finden, die eine ehrliche, realistische Perspektive für eine stabile Partnerschaft eröffnet und der strategischen Bedeutung der Türkei für die Atlantische Allianz gerecht wird.